

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

vom 19. Oktober 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Oktober 2023)

zum Thema:

Schleuser in Berlin

und **Antwort** vom 6. November 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 7. November 2023)

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17 100
vom 19. Oktober 2023
über Schleuser in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

„Etwa 90 Prozent der Menschen, die versuchen, die Außengrenzen der EU illegal zu überqueren, nutzen die Hilfe von Schleppern.“¹

1. Welche neuen Erkenntnisse hat der Senat über von Berlin ausgehende Schleuserkriminalität seit dem September 2022 gewonnen?

Zu 1.:

Im Zuge von Ermittlungen des Landeskriminalamts Berlin im Bereich der Schleusungskriminalität wurden gleichermaßen gewinnorientierte Organisationen als auch Einzelpersonen, meist Angehörige, festgestellt, die ihre Hilfe zur unerlaubten Einreise anboten. Die dabei am häufigsten auf dem Landweg zurückgelegte Route verläuft

¹ Warum lassen sich Menschen auf Schlepper ein?, DW, 02.07.2023, <https://www.dw.com/de/warum-lassen-sich-menschen-auf-schlepper-ein/a-66085838>: „Nach Schätzungen von Europol, der Polizeibehörde der Europäischen Union, greifen 90 Prozent der Menschen, die illegal die Außengrenzen der EU überqueren, auf die Dienste von Schleppern zurück“.

weiterhin von Ost- nach Westeuropa auf der sog. Balkanroute. Hierbei war eine Verlagerung vieler illegaler Einreisen von Österreich nach Polen feststellbar. Die Route über Russland/Weißrussland ging seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 zunächst zurück. Inzwischen ist wieder ein Anstieg von unerlaubt einreisenden Personen über diese Route zu verzeichnen.

Im Rahmen der Einschleusung von Personen wurde in der jüngeren Vergangenheit mehrfach durch die Bundespolizei festgestellt, dass sich die Fahrzeugführenden von Schleuserfahrzeugen polizeilichen Kontrollmaßnahmen durch Flucht entzogen. Hierbei kam es im Bundesgebiet mehrfach zu Unfällen, teilweise auch mit Todesfolge. Darüber hinaus gab die Bundespolizei im Juli 2023 einen Sicherheitshinweis heraus, wonach vermehrt Waffen und gefährliche Gegenstände von Schleusern mitgeführt wurden.

2. In welchen Bereichen der Schleuserkriminalität sind in Berlin ansässige Schleuser im Besonderen tätig?

Zu 2.:

Nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft Berlin sind aufgrund des Umstandes, dass das Land Berlin keine deutsche Außengrenze aufweist, in Berlin ansässige Schleuser besonders im Bereich der Schleusung durch Personenstandsveränderung (sog. Scheinehen/Scheinvaterschaften) und der Schleusung durch Erwirken von Aufenthaltstiteln unter Verwendung falscher Angaben – etwa gefälschter Arbeits- bzw. Ausbildungsverträge – tätig. Ein weiteres in Berlin festgestelltes Phänomen ist die Schleusung von Verwandten, bei der in Berlin lebende und zumeist selbst geflüchtete Personen ihre Verwandten mit dem Kraftfahrzeug an der meist polnischen Staatsgrenze in Empfang nehmen und sie sodann nach Berlin fahren.

3. Welche besonderen Ergebnisse hat die im Landeskriminalamt Berlin angebundene Gemeinsame Ermittlungsgruppe Schleuser seit dem September 2022 erzielen können?

Zu 3.:

Seit September 2022 konnten in der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Schleuser mehrere Strafverfahren gegen tatverdächtige Schleuser geführt werden, die gewinnorientiert und teilweise als Bande Schleusungen im hohen zweistelligen Bereich organisiert haben.

4. Welche besonderen Ergebnisse hat die Abteilung 255 bei der Staatsanwaltschaft Berlin² seit dem September 2022 erzielen können?

Zu 4.:

Im Bereich der sog. Scheinehen konnte nach ca. 12-monatiger Verhandlungsdauer ein Urteil erwirkt werden, mit dem fünf Beschuldigte wegen gewerbsmäßigen Einschleusens von Ausländern zu Freiheitsstrafen zwischen 2 Jahren und 3 Jahren 10 Monaten verurteilt wurden. Außerdem ist mit dem besagten Urteil die Einziehung eines Wertes von Taterträgen in einer Höhe von insgesamt 694.000 Euro angeordnet worden. Das Urteil hat im August 2023 auch bezüglich der letzten Verurteilten Rechtskraft erlangt.

5. Wie viele im Zusammenhang mit einem Verstoß gegen § 96 AufenthG oder § 97 AufenthG bei der Staatsanwaltschaft Berlin eingeleitete Verfahren gegen im Land Berlin ansässige bekannte Beschuldigte hat es seit dem 16. September 2022 gegeben?

Zu 5.:

Die Anzahl der im Zeitraum zwischen dem 16. September 2022 bis 23. Oktober 2023 wegen Verstoßes gegen § 96 AufenthG oder § 97 AufenthG bei der Staatsanwaltschaft Berlin eingeleiteten Js-Verfahren, d. h. Verfahren gegen bekannte Beschuldigte, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Systemeingangsjahr des Verfahrens	Anzahl Js-Verfahren	Darunter mit Beschuldigten aus Berlin
2022	37	37
2023	116	116
Summe	153	153

6. Wie lässt sich erklären, dass bei Verfahren wegen Verstoßes gegen § 96 AufenthG und § 97 AufenthG vom 1. Januar 2018 bis 15. September 2022 unter den 3.143 Beschuldigten 1.505 Personen mit vietnamesischer und 139 mit moldauischer Staatsangehörigkeit waren?

Zu 6.:

Die genannten Zahlen entstammen der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Nr. 19/13213 vom 13. September 2022, in der auch Beschuldigte von Straftaten nach § 95 AufenthG erfasst wurden. Insofern beruht die hohe Anzahl an vietnamesischen Beschuldigten nicht allein auf Verstößen gegen § 96 AufenthG und § 97 AufenthG.

² Schwerpunkt: Bekämpfung der organisierten Kriminalität im sogenannten Schleusungsbereich.

Nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft Berlin werden im Bereich der sog. Scheinehen/Scheinvaterschaften mehrheitlich vietnamesische Staatsangehörige in das Bundesgebiet geschleust. Auch bei den in Berlin lebenden Organisatoren jener Taten handelt es sich mehrheitlich um vietnamesische Staatsangehörige. Darüber hinaus wird Berlin vor allem bei vietnamesischen Geschleusten in vielen Fällen als Transitstation angesehen.

Zur Anzahl der Beschuldigten mit moldauischer Staatsangehörigkeit liegen dem Senat keine Erklärungsansätze vor.

7. Welcher Schaden ist dem Land Berlin seit September 2015 durch die Tätigkeit von Schleusern entstanden?

Zu 7.:

Dem Senat liegen keine Informationen vor, die eine valide Bezifferung eines etwaigen Schadens ermöglichen würden.

Berlin, den 6. November 2023

In Vertretung

Christian Hochgrebe
Senatsverwaltung für Inneres und Sport